

## Klimakonferenz in Bonn (COP23)

Die Klimakonferenz (COP23), deren Vorsitz Fidschi innehat, findet vom 6. bis 17. November 2017 in Bonn (Deutschland) statt. Der Schwerpunkt des Programms liegt auf der Umsetzung des Übereinkommens von Paris. Als Vorbereitung auf die Klimakonferenz (COP23) hat das Europäische Parlament Anfragen an die Europäische Kommission und den Rat gerichtet. Der Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit nahm einen Entschließungsantrag zur COP23 an, der im Rahmen der Oktober-I-Plenartagung erörtert werden soll.

### Hintergrund

Im Mittelpunkt der 23. Konferenz der Vertragsstaaten ([COP 23](#)) des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) steht die Umsetzung des [Übereinkommens von Paris](#), das im Dezember 2015 geschlossen wurde und im November 2016 in Kraft trat. Im Rahmen der Konferenz werden Leitlinien für die Umsetzung der Bestimmungen des Übereinkommens von Paris in einer Vielzahl von Bereichen, unter anderem im Hinblick auf die Transparenz, die Anpassung, Emissionsminderungen, die Bereitstellung von Finanzmitteln, den Kapazitätsaufbau und Technologien, ausgearbeitet. Ferner wird der unterstützende Dialog vorbereitet, der 2018 stattfinden wird, um die Angemessenheit der national festgelegten Beiträge (nationale Aktionspläne) zu bewerten und die Zielvorgaben zu steigern, damit die Ziele des Übereinkommens erreicht werden. Im „[Emissions Gap Report 2016](#)“ (Bericht über die Emissionslücke aus dem Jahr 2016) wird festgestellt, dass die national festgelegten Beiträge der Vertragsparteien des Übereinkommens von Paris nicht ehrgeizig genug sind, um die Erderwärmung unterhalb der vereinbarten Grenze von 1,5 bis 2 Grad zu halten. Der angekündigte Ausstieg der Vereinigten Staaten von Amerika, dem weltweit zweitgrößten Treibhausgasemittenten, sorgt für weitere Verunsicherung, was die Aussichten auf die Verwirklichung der Zielvorgaben betrifft.

**Ausstieg der Vereinigten Staaten aus dem Übereinkommen von Paris:** Im August 2017 [bekundeten](#) die Vereinigten Staaten von Amerika in einer Mitteilung an die Vereinten Nationen ihre Absicht, zum frühestmöglichen Datum (November 2020) aus dem Übereinkommen von Paris auszusteigen. Die USA steigen jedoch nicht aus dem Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) aus und wären bereit, dem Übereinkommen von Paris unter für die USA vorteilhafteren Bedingungen wieder beizutreten. Die USA werden weiterhin an internationalen Klimaverhandlungen, auch an der COP23, teilnehmen.

### Rolle der Europäischen Union und des Europäischen Parlaments

Der Europäischen Union kam eine Schlüsselrolle bei der Annahme und Ratifizierung des Übereinkommens von Paris zu. Derzeit überarbeitet sie ihre Klima- und Energiepolitik, um ihren internationalen Verpflichtungen im Rahmen des Übereinkommens von Paris gerecht zu werden. Das Europäische Parlament hat mehrfach ehrgeizigere Zielvorgaben für die Emissionsminderung und die Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen gefordert, und jedes Jahr nimmt eine parlamentarische Delegation an UN-Klimakonferenzen teil.

### Europäisches Parlament

Für die Oktober-I-Plenartagung sind zwei Anfragen zur mündlichen Beantwortung mit Aussprache vorgesehen. Darin wird gefragt, welche Maßnahmen der Rat und die Kommission ergreifen, um sicherzustellen, dass die COP23 Fortschritte in Bezug auf die Durchführungsbestimmungen des Übereinkommens von Paris erzielt, sie den unterstützenden Dialog 2018 definiert und gestaltet sowie



verstärkt Finanzmittel für den Klimaschutz mobilisiert. Der Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) nahm am 7. September 2017 einen Entschließungsantrag an, in dem gefordert wird, dass die Klimaschutzmaßnahmen im Rahmen des Übereinkommens von Paris verstärkt werden, die Union bei der Verteidigung des Übereinkommens eine Führungsrolle übernimmt, Finanzmittel für den Klimaschutz effektiv bereitgestellt werden und die europäische Industrie vor unlauterem Wettbewerb aus weniger ehrgeizigen Regionen geschützt wird. Die Kommission wird darin nachdrücklich aufgefordert, eine Strategie auszuarbeiten, wie die EU bis Mitte des Jahrhunderts ganz auf Emissionen verzichten kann, die 2018 vorgestellt werden soll. Das Parlament wird den Entschließungsantrag im Rahmen der Oktober-I-Tagung erörtern und darüber abstimmen.

Anfragen zur mündlichen Beantwortung [B8-0329/2017](#) und [B8-0330/2017](#); Entschließungsantrag: [2017/2620\(RSP\)](#); federführender Ausschuss: ENVI; Berichterstatter: Adina-Ioana Vălean (PPE, Rumänien), Peter Liese (PPE, Deutschland), Gilles Pargneaux (S&D, Frankreich), Gerben-Jan Gerbrandy (ALDE, Niederlande), Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL, Spanien), Marco Affronte (Verts/ALE, Italien), Piernicola Pedicini (EFDD, Italien).